

Erzähler vom Westerwald

Monats-Beilage:

Hachenburger Tageblatt.

Wochen-Beilage:

Illustriertes Sonntagsblatt.

Beilage für Landwirtschaft, Obst- und Gartenbau.

Verantwortlicher Redakteur:
H. Kirchhölzer, Hachenburg.

Tägliche Nachrichten für die Gesamtinteressen des Westerwaldgebietes.

Druck und Verlag:
Th. Kirchhölzer, Hachenburg.

Erscheint an allen Werktagen.

Hachenburg, Montag den 12. Juli 1909

Anzeigenpreis (im Voraus zahlbar):
die sechspaltige Petitzeile oder deren
Raum 15 Pfg., die Reklamezeile 30 Pfg.

2. Jahrg.

Staatliche Feuerversicherung.

Bei den durch die Mehrheitsparteien des Reichstags angenommenen neuen Steuern ist der von der Regierung vorgeschlagene Stempel auf Feuerversicherungspolice fallen gelassen worden. Im Verlaufe der Auseinandersetzungen über die Vor- und Nachteile der Feuerung der Versicherungspolice wurde auch die Monopolisierung der gesamten Feuerversicherung wieder in Betracht gezogen. Das teilweise Staatsmonopol in dieser Beziehung ist in Deutschland keine unbekannte Einrichtung. Schon bisher in Preußen die Versicherung von Gebäuden und Maschinenanlagen gegen Feuergefahr den Feuerversicherungsvereinigungen vorbehalten geblieben ist, in anderen Bundesstaaten, so vor allem Bayern, Württemberg, Sachsen, diesen Versicherungszweig von dem in eigener Regie behalten.

Es lohnt sich, einen Blick auf die Verhältnisse zu werfen, wie sie sich in den Ländern mit staatlicher Versicherung ausgestaltet haben, die Vor- und Nachteile des Systems abzuwägen und daraus einen Schluss zu ziehen, ob es ja immer stärker zutage tretenden Gedanken eines allgemeinen Versicherungsmonopols.

Wir gehen dabei von den Verhältnissen im Königreich Sachsen aus, wie sie sich unter der Herrschaft des dort geltenden Gesetzes vom 25. August 1878 entwickelt haben, und die durch ein bereits im Entwurf vorliegendes neues Gesetz demnächst einige im übrigen nicht wesentliche Veränderungen, grundlegend wenigstens nicht, wenn die Feuerversicherung betreffen, erfahren sollen. Das System dieser staatlichen Feuerversicherung, das im Grunde nur unwesentlich abweicht von dem in den anderen Bundesstaaten herrschenden, ist ein sehr einfaches, und in seiner Einfachheit liegt sein stärkster Vorteil begründet. Die Einfachheit des Systems liegt der Allgemeinheit, dem Staat keine Lasten auf, gewährleistet billige Verwaltungskosten und schützt den einzelnen vor Benachteiligungen, wie sie andererseits ausschließt, daß ein einzelner unzulänglich aus der Versicherung bereichert wird.

Der Versicherung gegen Feuergefahr unterliegen alle Gebäude, sowie Maschinenanlagen, soweit sie mit einem Grundstück derart verbunden sind, daß sie wesentlich Bestandteile desselben bilden. Der Versicherungswert der Gebäude und Maschinenanlagen wird nach dem gewöhnlichen Marktwert eingeschätzt und kann das Einschätzungsamt im Verwaltungswege angefochten werden. Die Beiträge zur Landesbrandkasse bestehen nicht in fest bestimmten, nach Gefahrenklassen abgestuften Prämien wie bei den Privatversicherungen, sondern der in einem Jahre der gesamte Gesamtanwartsbetrag einschließlich der Verwaltungs- und Erhebungskosten wird zu Lasten der Versicherten nach Maßgabe des Versicherungswertes jedes einzelnen gleichmäßig prozentual verteilt.

Als ein Nachteil wird es nun im Kreise der Versicherten zu einem Teil empfunden, daß die Versicherungsbeiträge nicht nach Gefahrenklassen wie die Prämien der Privatversicherungsvereinigungen abgestuft sind, und daß so der Besitzer eines mit allen möglichen Sicherheitsvorkehrungen gegen Feuergefahr ausgestatteten, daher hochwertigen modernen Stadtgrundstücks ganz unverhältnismäßig belastet werde gegenüber dem Landgrundstückbesitzer, dessen feuergefährliches, vielleicht gar mit Stroh gedecktes Bohnhaus oder Scheune nur niedrig bewertet zu sein sieht und daher nur einen geringen Versicherungsbeitrag zu leisten hat. Der Stadtgrundstücksbesitzer, der andererseits für die Sicherung gegen Feuergefahr erhebliche Aufwendungen zu machen hat, ist durch das zurzeit geltende Beitragsystem gezwungen, den weitaus größeren Teil des Risikos für die feuergefährlicheren Landgrundstücke zu tragen, da er entsprechend dem höheren Versicherungswerte seines fast risikofreien Grundstücks prozentual ganz bedeutend mehr an Versicherungsbeiträgen zu leisten hat als der Landgrundstücksbesitzer, oder auch der Besitzer eines älteren, feuergefährlicheren, daher in eine höhere Gefahrenklasse eingeordneten Stadtgrundstücks.

Es ist zweifellos, daß hier an erster Stelle eine Reform der bereits bestehenden staatlichen Feuerversicherung einzuleiten hätte. Diesem einzigen erheblichen Nachteil, der sich ja übrigens leicht abstellen läßt durch eine Bemessung der Versicherungsbeiträge nach Gefahrenklassen, was freilich das jetzt sehr einfache Rechnungswesen erheblich komplizieren würde, stehen andererseits die dem angeordneten großen Vorteile gegenüber, denen noch hinzuzufügen wäre, daß die Einschätzung der Versicherungswerte durch die staatlichen Organe in gewissermaßen besserer Weise erfolgen kann als bei den Privatversicherungen und die Gewährung bietet gegen in betrügerischer Absicht erlassene Überversicherungen, wie sie bei den privaten Feuerversicherungsvereinigungen trotz besten Willens sich nicht vermeiden lassen, und daß ferner die einfache Art der Beitragszahlung und der Erhebung der Versicherungsbeiträge nur einen geringen Beamtenapparat erfordert.

Was nun die finanzielle Seite anlangt, so ergibt sich aus den angeführten Grundzügen von selbst, daß die staatliche Feuerversicherung in Sachsen, wie auch in den anderen Bundesstaaten keine Einnahmequelle für den Staat bildet, da die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen nur eine Verteilung der entstehenden Ausgaben an die Beitragszahler und Betriebskosten auf die Versicherungs-

nehmer zulassen, die Veranlassung von Überschüssen also ausschließen. Es dürfte aber wohl nur noch eine Frage der nächsten Zeit sein, daß man hier eine nicht ganz unwichtige neue Steuerquelle erschließt und durch einen entsprechenden Zuschlag zu den Versicherungsbeiträgen ein Gewinnüberschuss erzielt, der dem Staatsschatz ganzlich mühelos zufließt, da seine Erhebung keine besonderen Kosten verursacht.

Ob freilich der Gedanke eines Reichsversicherungsmonopols Aussicht auf Verwirklichung hat, ist mehr als zweifelhaft, da die Bundesstaaten mit bereits bestehender staatlicher Versicherung sich schwerlich zu einer Preisgabe ihrer altvererbten Rechte auf diesem Gebiete verstehen werden, sich vielmehr diese noch uneröffnete Einnahmequelle selbst vorbehalten dürften.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ In der dem Reichskanzler Fürsten Bülow nahe stehenden „Süddeutschen Reichskorrespondenz“ werden noch einmal alle Gründe dargelegt, die den obersten Reichsbeamten veranlassen haben, von seinem Amte zu scheiden. Gegenüber den ihm in der konservativen Presse gemachten Vorwürfen ohne zwingende Ursache von seinem Posten zu sein, wird in der Aufschrift darauf hingewiesen, daß der Hauptgrund für den Abgang des Kanzlers die fundamentale Umwälzung in den Mehrheitsverhältnissen des Reichstages gewesen sei. Sich dem neuen Block zu fügen, verbot dem Fürsten seine politische Überzeugung und seine persönliche Ehre, da er sein Schicksal von einem Zusammenarbeiten von Konservativen und Liberalen im Parlament verknüpft hatte. Über den hieraus folgenden Entschluß des Reichskanzlers waren die Konservativen auch genau orientiert, da er ihren Führern bereits im April dieses Jahres erklärt hatte, daß er zurücktreten würde, wenn sie bei ihrer ablehnenden Haltung gegen die Erbschaftsteuer beharren und dadurch eine für ihn unannehmbarere Konstellation herbeiführen würden.

+ Die Denkschrift über die Einfuhrsteuer, die von der Budgetkommission des Reichstages zur Feststellung des Umfangs und der Wirkung der Einführung von Einfuhrsteuern für ausgeführtes Getreide empfohlen wurde, ist seitens der beteiligten Reichsressorts bereits in Angriff genommen worden. Ihre Fertigstellung wird so gefördert werden, daß sie dem Reichstage im Spätherbst zugehen kann. Bis dahin sind auch die Ergebnisse der neuen Ernte bekannt, wonach beurteilt werden kann, ob die ungewöhnliche Steigerung der Roggen- und Haferausfuhr der letzten Jahre vorhält oder nicht.

+ Nachdem die Reichsfinanzreform auch in dritter Lesung erledigt ist, dürfte eine Zusammenstellung der neuen Steuern interessieren. Die Finanzreform stellt sich aus folgenden Posten zusammen:

1. Neue Verbrauchssteuern:

Vier	100 Millionen
Branntwein und Spiritus	80
Tabak	43
Kaffee und Tee	37
Brennöl	25
Beleuchtungskörper	20
Schaumwein	5
Sa. 310 Millionen	

2. Alte Steuern, die bestehen bleiben, während sie fortfallen sollten:

Zuckersteuer	35 Millionen
Tabaksteuer	20
Sa. 55 Millionen	

3. Steuern, die den Besitz treffen:

Aus Grundstücksübertragungen	40 Millionen
Salonsteuer	27 1/2
Effekten- und Emissionsstempel	22 1/2
Scheit- und Quittungsstempel	12 1/2
Wechselstempel	7 1/2
Sa. 110 Millionen	

Hierzu kommen 25 Millionen Matrikularbeiträge, womit die von den Verbündeten Regierungen geforderte Summe von 500 Millionen erreicht ist.

+ Die Aufstellung der Einzelsteuern für 1910 geht in den Reichsressorts ihrem Ende entgegen. Sobald das Reichskanzleramt die Neuformulierung für den Reichshaushaltsetat auf 1910 in Händen haben wird, wird an deren Beratung gegangen werden. Das Reichskanzleramt selbst wird als ein elastischer Apparat bei den Arbeiten für den nächsten Jahrgang zwar schon deshalb mehr beteiligt sein, weil die neuen Finanz- und Steuergesetze die verschiedensten Änderungen in der Veranschlagung der Einnahmen aus einzelnen Steuerarten sowohl als auch an anderen Etatsstellen nötig machen. So wird man beispielsweise damit rechnen können, daß dem nächsten Reichshaushaltsetat ein Schuldentilgungsplan beigegeben werden wird, der sich über die Ausführung eines Teiles der diesjährigen Reichsfinanzreform ausführlich äußern wird.

+ Über die Zukunft der privaten höheren Mädchenschulen in Preußen infolge der Schulreform wird von unterrichteter Seite geschrieben:

Die Bezeichnung „höhere Mädchenschule“ ist in Zukunft solchen Schulen vorbehalten, die in bezug auf die Lehrpläne, Stundenzahl und Lehrpläne den Bestimmungen über die Neuordnung des höheren Mädchenschulwesens

entsprechen, und in denen in der Regel wenigstens die Hälfte der Stunden in den wissenschaftlichen Fächern der Mittel- und Oberstufe von akademisch gebildeten Lehrern und Lehrerinnen erteilt wird. Und da die zehnklassige Schule jetzt als Normalform durchgeführt ist, so dürfen in Zukunft private Schulen von neuem oder weniger Klassen die Bezeichnung „höhere Mädchenschule“ überhaupt nicht mehr führen. Ebenso wenig steht diese Bezeichnung zehnklassigen Schulen zu, welche die neuen Lehrpläne nicht annehmen und die Anstellung akademisch gebildeter Lehrkräfte unterlassen. Da aber schon in den letzten Jahren eine auffällige Zunahme der zehnklassigen Schulen nachweisbar ist, so kann man annehmen, daß unter dem Einfluß der neuen Bestimmungen die Umwandlung der neunklassigen Schulen sich weiter vollziehen wird.

+ Die in Paraguay vorgekommenen schweren Missethaten deutscher Reichsangehöriger haben alsbald Vermutungen gefunden. Ende April dieses Jahres wurden in St. Bernardino in Paraguay zwei frühere deutsche Offiziere, von Blesien und Kriese, von dem dortigen Polizeimeister Arce in der ärgsten Weise gemißhandelt, weil sie in einem Restaurant die Wirtin gegen die Zurückhaltung dieses farnosen „Sicherheitsbeamten“ in Schutz genommen hatten. Wenn es nach seinem Befehl gegangen wäre, den die Soldaten glücklicherweise nicht ausführen, wären die beiden Herren erschossen worden. Er ließ sie aber ins Gefängnis schleppen, aus dem sie erst durch das Eingreifen der deutschen Kolonie befreit wurden. Der deutsche Geschäftsträger benachrichtigte sofort die Regierung von Paraguay, die in einem Schreiben ihr tiefstes Bedauern über den Vorfall ausdrückte. Der Polizeimeister wurde seines Amtes enthoben und in Haft genommen. Es ist gegen ihn ein Verfahren eingeleitet worden.

Österreich-Ungarn.

+ Der Tod des früheren österreichischen Ministerpräsidenten Grafen Badeni hat wieder die Erinnerung an eine der bewegtesten Perioden in der modernen Geschichte Österreich-Ungarns wachgerufen. Der Ministerpräsident hatte durch seine deutschfeindlichen Sprachverordnungen eine große Erbitterung unter den Deutschen Böhmens hervorgerufen, die durch jene gewaltige Demonstration im österreichischen Parlament November 1907 ihren Ausdruck fand; damals hieß Badeni mehrere deutsche Abgeordnete durch herbeigescholtene Polizei festnehmen. Nach diesem im parlamentarischen Leben Österreichs unerhörten Akt mußte Badeni infolge der allgemeinen Erregung seinen Abschied nehmen. Eine weitere Folge seines Vorgehens war ein Duell mit dem deutschen Abgeordneten R. S. Wolff, bei dem Badeni leicht an der Hand verletzt wurde.

Spanien.

+ Dem Eisenbahnbau in Nord-Marokko, in dem sich das spanische Vordringen konzentriert, wird von Seiten der Rifkabylen der denkbar schärfste Widerstand entgegengesetzt. Es haben auch bereits blutige Zusammenstöße zwischen den spanischen Truppen und den unbedingten Stämmen stattgefunden. So wurden in Melilla spanische Minenarbeiter von Kabylen überfallen, wobei vier getötet und fünf verwundet wurden. Eine spanische Kolonne rückte mit einem Geschütz aus. Es kam zu einem Gefecht, wobei die Spanier dreißig Mann, die Mauren hundert Mann verloren. Schließlich flohen die Kabylen, die angeblich 4000 Mann aufgebieten hatten. Sie hatten die Leichname der Arbeiter verstreut und verbrannt sie zu verbrennen, wurden daran jedoch durch die Ankunft der Truppen verhindert, die große Tapferkeit und Ausdauer zeigten. Wahrscheinlich werden diese Vorgänge die Madrider Regierung veranlassen, die Truppen in Nord-Marokko erheblich zu verstärken.

Aus In- und Ausland.

Paris, 10. Juli. Zwischen dem Finanzminister Caillaux und dem früheren Deputierten Bos fand wegen der bekannten Oberheigenangelegenheit ein Pistolenduell statt; nach zweimaligem, ergebnislosem Kugelwechsel schieden beide Gegner unversehrt.

Caracas, 10. Juli. Der deutsch-venezolanische Handelsvertrag ist vom venezolanischen Senat in den erforderlichen drei Lesungen angenommen worden. Die Deputiertenkammer wird ihn wahrscheinlich in den nächsten Tagen verabschieden.

Berlin, 11. Juli. Mit der gestern in später Abendstunde erfolgten Genehmigung des Restes der Reichsfinanzreform im Reichstage ist diese endgültig erledigt und bedarf nur noch der Zustimmung der Regierung. Es ist fraglich, ob der scheidende Reichskanzler oder sein Nachfolger die Gesetze unterschreiben wird.

Berlin, 11. Juli. Beim Reichskanzler, Fürst Bülow fand gestern Abend ein Diner statt, bei dem der Reichskanzler sich von den Beamten des Auswärtigen Amtes mit einer Ansprache verabschiedete. Der Fürst sagte den Beamten Lebewohl mit dem Wunsch, daß das Auswärtige Amt, den Blick gerichtet auf die mahnende Gestalt des größten deutschen Mannes, des ersten Reichskanzlers freis auf dem Posten bleiben möge für Deutschlands Interessen und für die Wohlfahrt des Volkes.

Paris, 11. Juli. Der Deutsch-Französische Telegraphenvertrag wurde von der Kammer angenommen. Saloniki, 11. Juli. Die Kretafrage gestaltet sich sehr

anderen Mädchen, die Aristokratinnen, von engagierten Kavaliern umringt waren. Zu ihr kam anfangs nur ein einziger, Plessen. Sie kannte ihn bereits, er war holländischer Konsul in Amsterdam.

...glaubt, daß es wieder Harting gewesen ist, ...

Soziales Leben.

Der Kohlenstreik in England. In North Staffordshire ...

Lokales und Provinzielles.

Werkblatt für den 13. Juli.

Wondaufgang 8 3/4 | Wonduntergang 8 3/4 ...

aus dem Nistertal, 11. Juli. Wie jetzt bekannt ...

aus dem Oberwesterwaldkreis, 11. Juli. In einer ...

im Hause ihrer Mutter ...

...Frau von Heijmelen mit noch zwei ...

Mit peinlichster Sorgfalt gekleidet, mit einem Kranz ...

...Bolsdijf ...

...Tanzkarte ...

...versteht ...

dem Höchstenbacher Verein ein leichtes gewesen, das ...

s. Vom Westerwald, 11. Juli. Der seit 28 Jahren ...

Westerburg, 10. Juli. Der Güterverkehr auf der ...

Wiesbaden, 9. Juli. Die Handwerkskammer für den ...

Oberursel, 8. Juli. Magistrat und Stadtverordnete ...

zu verdienen? Stehe ich vor einem Bankrott wie ...

Da überkam Leonie, die alles vernommen, blickte ...

Fortsetzung folgt.

Vermischtes.

119 000 Kronen am Postschalter gestohlen. Im ...

Im Eisenbahnabteil gestohlen. Zwischen Rudolstadt ...

Vom Haarwuchs in Limoges. Jedes Jahr findet ...

die Gemeinden führenden Automobilverkehrsstraßen. Auch ...

Erier, 11. Juli. Im Mordprozeß Breuer wurde der ...

Hamburg, 11. Juli. Die offizielle Eröffnung des ...



Der Besuch der Ausstellung am Donnerstag, den 8. Juli, be- ...

Der Besuch des Stuttgarter Gewerbevereins ist indes schlechten ...

Der offizielle Schluß der Ausstellung ist nach dem Programm ...

Nah und fern.

O Vom 16. Deutschen Bundeschießen in Hamburg. ...

O Die Internationale Luftschiffahrts-Ausstellung zu ...

O Die Heiligtumsfahrt in Aachen. Im Münster zu ...

...teuer, denn unter den jungen Mädchen und Frauen ...

O Von den Himbeeren. Man weiß nicht, ob man froh- ...

der Stiftspropst Wellesheim, daß heute gleichzeitig die Vollendung des musikalischen Schmuckes zu feiern sei, für den außer dem Papst Leo IX. Kaiser Wilhelm II. Dank gebühre. Hierauf wurden die Domtüren geöffnet und die Beigung der Heiligtümer vorgenommen.

O Jagd auf Delphine im Oldenburger Flußhafen. Im Beisein einer ungeheuren Zuschauermenge fand im Oldenburger Flußhafen eine Jagd auf zwei Delphine statt. Die Tiere, ein größeres und ein kleineres, waren mit einem Dampfer die Hunte heraufgekommen und konnten, nachdem die Schleuse geschlossen war, nicht wieder zurück. Mehrere Stunden lang wurde von verschiedenen Booten aus Jagd auf sie gemacht. Als man sie mit Harpunen nicht zu erlangen vermochte, wurden Schützen zu Hilfe gerufen. Im Laufe des Nachmittags fiel das größere, 3½ Meter lange, der beiden Tiere einem wohlgezielten Schusse zum Opfer, während das kleinere noch nicht erlegt werden konnte; es scheint inzwischen den Weg hunteabwärts gefunden zu haben. Es ist das erste Mal, daß Delphine bis nach Oldenburg gekommen sind.

Feuerbrunst in einem böhmischen Dorfe. In der böhmischen Grenzortschaft Stepanow wurden 32 Wohnhäuser und eine große Anzahl von Nebengebäuden ein Raub der Flammen. Infolge des heftigen Windes verbreitete sich das Feuer mit großer Schnelligkeit; die meisten Bewohner konnten von ihrer Habe nichts retten. Aus den Trümmern wurden, der Schleswiger Volkszeitung zufolge, eine männliche und zwei weibliche Leichen, vollständig verkohlt, hervorgezogen. Viel Vieh ist in den Flammen umgekommen.

Flucht eines steglicher Postbeamten. Ein noch völlig unaufgeklärter Vorfall hat sich in Kottbus zugegetragen. Dort logierte in einem Gasthause der Postschaffner K., der vor einigen Tagen seinen Dienst verlassen hatte und planlos umhergeirrt war; er ließ die Kottbuser Polizei benachrichtigen, daß sie ihn in Haft nehmen solle, da er bereit sei, zu führen, was er verschuldet habe. Unmittelbar darauf stellte er sich auf dem Polizeipräsidium und wurde, da man annahm, es mit einem Geisteskranken zu tun zu haben, in Schutzhaft genommen. In der darauffolgenden Nacht verfiel der Gekerkte in Todeswut, so daß ein herbeigerufener Arzt seine Einlieferung in das städtische Krankenhaus anordnen mußte. Es konnte bisher noch nicht ermittelt werden, ob K. tatsächlich infolge eines Vergehens den Dienst verlassen und die Flucht ergriffen hat.

Bunte Tages-Chronik.

Schneidemühl, 10. Juli. Hier schlug der Arbeiter Spidemann den Arbeiter Mantzen, der die Herausgabe von Branntwein verweigerte, mit furchtbaren Mitteln nieder und verletzte ihm noch zahlreiche Messerstiche.

Jena, 10. Juli. Ernst Gaedel ist von der Universität Gena zum Ehrendoktor ernannt worden.

München, 10. Juli. Nach dem Wettersturz in der Schwelt sind im bayerischen Oberlande zahlreiche Schneefälle eingetreten. Die Temperatur betrug heute hier nur 5 Grad.

Eberburg, 10. Juli. Eine gewaltige Feuerbrunst brach im Arsenal aus, und zwar in den Werkstätten für Unterseeboot-Torpedos. Die ganze Garnison rückte zur Hilfeleistung aus. Die Stadt war taghell erleuchtet. Am Mittwoch war die Gefahr beschworen. Der Schaden beträgt mehrere Millionen.

Kali und Kalisyndikat.

(Von unserem finanztechnischen Mitarbeiter.)

Der Streit um das Kalisyndikat und den von der Regierung in Aussicht genommenen Kaliausfuhrzoll beschäftigt in letzter Zeit die Gemüter fast ebenso sehr wie die Finanzreform. Der Beschluß der Interessenten bei ihrer gestrigen Versammlung, das Syndikat um 5 Jahre zu verlängern, wird eine gewisse Beruhigung bringen, wenn auch die definitive Konstituierung des neuen Syndikats erst in einigen Wochen stattfinden soll.

Deutschland nimmt mit dem Kali, einem Abraumfals, die Monopolstellung im Weltmarkt ein, weil Kali allein bei uns gefunden wird. Es ist das wichtigste Düngemittel, das wir in der Landwirtschaft haben, denn keine Pflanze kann ohne Kali wachsen und gedeihen, und da der Ackerboden nur etwa 0,2–0,3 Prozent Kali im natürlichen Zustande enthält, so muß in ergiebiger Weise mit Kali nachgedüngt werden, um überhaupt ein befriedigendes Pflanzenwachstum erzielen zu können. Allerdings wird Kali zweckmäßig mit anderen Substanzen vermischt, es bleibt aber für die Landwirtschaft unentbehrlich. Die Hauptquelle für unsere Kalisalze sind die Staßfurter Steinsalzbergwerke, in denen man zuerst, vor etwa 80 Jahren reine Kalisalze entdeckt hat. Seitdem sind an anderen Stellen, namentlich in Hannover, der Provinz Sachsen, in Anhalt, Braunschweig usw. mit Erfolg Bohrungen auf Kali veranstaltet worden, und es hat sich allmählich eine Industrie entwickelt, die gegenwärtig fast 2000 Gesellschaften umfaßt.

Die durch die ungehinderte Vorratstätigkeit entstehende Überproduktion und Spekulation machte aber bald Gegenmaßnahmen notwendig. Die hauptsächlichsten Kaliwerke schlossen sich zu einem Syndikat zusammen, um die Produktion im Verhältnis zum Absatz regeln zu können, auf die Preisbildung im In- und Auslande einzuwirken und die Qualität der Salze unter Kontrolle zu stellen. Es wurde die gesamte Produktion der Hauptwerke, darunter auch der im Besitz des preussischen Staates befindlichen, in 1000 Teile (Quoten) geteilt und jedem Werke eine bestimmte Produktionshöhe bestimmt, über die es nicht hinausgehen durfte. Mit der Zeit ergaben sich indessen auch hier Schwierigkeiten, namentlich dadurch, daß neuzugewinnende Werke den Anteil der bisherigen Syndikatswerke schmälerten, daß man aber die außenstehenden, die durch Preisunterbietungen dem Syndikat empfindlichen Schaden zufügten, aufnehmen mußte. Teilweise gehörten die so hinzukommenden Werke Besitzern von Syndikatswerken. Das war hauptsächlich durch die gesetzlichen Bestimmungen veranlaßt, die der Spekulation entgegenarbeiten sollten und den Kalibau auf zwei Schächte für jedes Werk beschränkten, um übermäßige Ausdehnungen und spekulative Bohrungen möglichst zu verhindern. Der Erfolg war aber zum Teil der, daß ältere Werke ihre Felder teilten und neue Filialgesellschaften mit je zwei Schächten gründeten, so daß sich die Anzahl der Werke in den letzten Jahren erheblich gesteigert hat. Abgesehen ist der Spekulation durchaus kein Abbruch getan worden, und gerade die Kaliantelle gehören zu denjenigen Papieren, in denen am meisten spekuliert wird, obwohl sie die größten Gefahren in sich bergen, die jedem Bergwerks-Wertpapier eigentümlich sind. Jedenfalls herrschte im Syndikat der Kaliwerke, teils durch die Konkurrenz der Nichtsyndikats-

werke, teils durch die von Jahr zu Jahr wachsenden Quotenanforderungen der einzelnen Werke seit längerer Zeit Unruhe, und das Kalisyndikat ist in der Tat seinem Ablauf am 30. Juni d. J. ausgedient worden. Seine Stelle tritt jetzt das neue Syndikat.

Die Auflösung des Syndikats hätte zunächst die Folge gehabt, daß die Werke ihre Produktion allein verwalten müßten, während bisher die Syndikatszentrale die gesamte Produktion absetzte. Es würde also wahrscheinlich, daß ein Syndikatspreis in Wegfall käme, eine Preissteigerung und Unterbietung eintreten, weil einzelne Werke bemüht sein würden, ihre Jahresproduktion möglichst schnell und auf möglichst viele Jahre im voraus zu verkaufen. Außerdem wird wiederum eine Überproduktion eintreten, weil es an einer das Verhältnis zwischen Produktion und Förderung regelnden Zentrale fehlt. Um diese Unannehmlichkeiten zu vermeiden und auf die nichtsyndikatsfreundlichen Werke einen gewissen Druck auszuüben, hat die Regierung die eventuelle Einführung eines Kaliausfuhrzolls angedroht. Ein solcher Zoll würde, da die Konkurrenz an Kali die Hauptrolle im Weltbetriebe bildet, von außerordentlich schwerem Einfluß auf die Industrie sein. Da indessen fraglich, ob der Ausfuhrzoll die gewünschte Wirkung haben würde, da er einmal nur im Verhältnis zu den Ländern eingeführt werden kann, mit denen wir Handelsverträge haben, und weil die Gefahr vorliegt, daß die Werke die Zollhöhung auf den Inlandspreis übertragen, so daß schließlich die in erster Reihe auf den Kaliausfuhr angewiesene, heimische Landwirtschaft den Schaden zu befürchten ist auch, daß das Ausland Handelsverträge anwendet und uns andere, wertvolle Exportartikel oder ebenfalls durch Zölle verteuert.

Handels-Zeitung.

Berlin, 10. Juli. (Produktenbörse.) Hier erblüht Weizen in ziemlich fester Haltung und stieg 1½ Mark, wie gestern, denn das kühle, regnerische Wetter veranlaßt die Inhaber von Ware zur Zurückhaltung. Die Weizenmahlung sehr großen Weltverschiebungen und das je nach je größerer Kaufkraft haben die Preise später etwas zurückgehen lassen, doch schließen dieselben noch höher wie gestern. Roggen war anfangs auf Deckungen und Meinungen ziemlich fest, doch drückten die Offerten von inländischen Ladungen die Preise, denn die hiesigen Mühlen sind an Rohmaterial reichlich versehen und deswegen nur zu billigen Preisen Käufer. Weizen war so ziemlich bekannt, da für Lieferung, und ebenso Mais auf die feste Haltung des Auslandes höher. Doco kaum verändert. Rübsöl auch heute keine Beachtung und behauptete sich auf dem gestrigen Stand. An der Mittagsbörse wurden am 10. Juli 1922, September 231,75–231,50, Oktober 223,75–223,50, Roggen inländischer 191–192 ab 10. Juli 192, September 184,75–185,25, Oktober 184,75–185,25, Dezember 184,25–184,75, Mais September 154–154,75, Weizenmehl 00 33,50–36,25, Roggenmehl 0 und 1 25 bis 25,50. Rübsöl Oktober 55,1 Brief, Dezember 53,4 Brief.

Öffentlicher Wetterdienst.

Dienststelle Weilburg. Landwirtschaftsamt.

Wetterausichten für Dienstag den 13. Juli 1922:

Wechselnde Bewölkung, vereinzelt geringe Regenfälle.

Graswuchs

von 10 Morgen Wiesen hat zu verpachten
Karl Baldus, Hachenburg.

Kompott-Früchte

Reineclauden	in Dosen à 2 Pfd.	90 Pfg.
Preisselbeeren	" " " 2 " "	95 "
Pflaumen	" " " 2 " "	65 "
Birnen, weiss	" " " 2 " "	80 "
Kirschen, rot	" " " 2 " "	80 "
Mirabellen	" " " 2 " "	80 "
Pflirsche	" " " 1 " "	85 "
Erdbeeren	" " " 1 " "	90 "

Getrocknetes Obst

Aprikosen à Pfd.	70 Pfg.	Birnen à Pfd.	70 Pfg.
Apfelringe " "	55 "	Feigen " "	40 "
Pflaumen à Pfd.	35 und 60 Pfg.		
Himbeer-Marmelade	à Pfd. 50 Pfg.		
Stachelbeer-Marmelade	" " 45 "		
Gemischte Marmelade	" " 35 "		

Karl Dasbach, Hachenburg
Drogerie und Kolonialwaren.

Neue Kartoffeln.

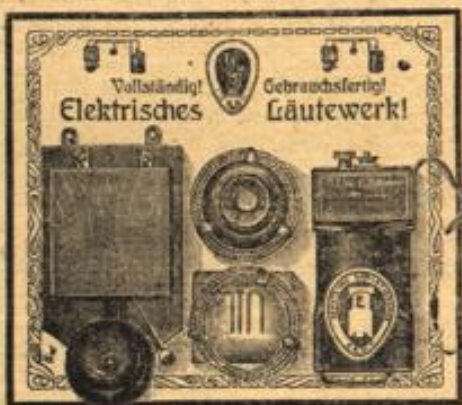
Officiere prima frische

Nierentartoffeln per Ztr. zu Mk. 6.—
mit Sack ab Beßdorf.

Gustav Tiemann, Niederdreisbach
Kartoffelgroßhandlung.

Stempel aller Art

für Behörden, Geschäftsbedarf, Vereine und Private
liefert in kürzester Zeit zu mäßigen Preisen
Buchdruckerei des „Erzähler vom Westerwald“.



Sämtliche Bedarfsartikel für elektrische Klingel-Anlagen

Taschenlampen

mit Füllbatterien

— von Mark 1.25 an —

Leuchtstäbe, Ersatzbatterien und Lämpchen

billigst.

Osramlampen * Tantallampen

empfiehlt

Elektrizitäts-Werk Hachenburg.

Heinr. Orthey, Hachenburg

Erste mechanische Drechserei mit Motorbetrieb
am Platze

Liefert in kürzester Zeit zu billigen Preisen
alle vorkommenden Drechslerarbeiten
in Holz, Horn und Elfenbein
Kegel und Kegelkugeln

sowie Abdrehen alter abgeworfener Kegel und Kugeln.

Reparaturwerkstätte

für Pfeifen, Stöcke und Schirme sowie Ueberziehen
noch brauchbarer Schirmgestelle.

Auch werden alte Schirme auf neue eingetauscht.

Zeitungsmaulatur

zu haben in der Druckerei des
„Erzähler vom Westerwald“.

Blendend weiße Wäsche



erzielt man mit dem geistlich
Welt-Waschblau-Papier.
Die Freude jeder praktischen Hausfrau.
Das beste Blaumittel der Gegenwart ist
und Reich, höchst sauber und sparsam im Gebrauch.
Großartiger Konsum-Mittel für Wäscherinnen
und Haushälter. — Je nach Größe der
genügt schon ¼ bis ½ Pfund.
Detail-Verkaufspreis: 1 Kilo mit 8 Pfund
hält 10 Pfg. und mit 8 Pfund 10 Pfund.
Zu haben in allen einschlägigen Geschäften,
wo nicht erhältlich wende man sich
Neuheiten-Vertrieb:

A. Pfeiffert, Hiler bei Hachenburg (Westerwald)
Prospecte und Preisliste für Wiederverkäufer gratis.